

Abonnements

Werden beim Verlag und besten Bekannten... Vorwärts schreibe... Preis 4.40 für Deutschland...

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint wöchentlich einmal in London. Verlag der German Co-operative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N.W. 114 Kentish Town Road.

No. 35.

Wriefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der Exzerpt-Derivats abgeben lassen. In der Regel schickte man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Redaktionen. In zweifelsfällen bitten wir um schriftliche Erläuterung.

30. August 1890.

Ueber Parteifragen.

II.

In unserem ersten Artikel haben sich am Schluss einige Druckfehler eingeschlichen, die der Berichtigung bedürfen. Erstens muß es statt „Omnipotenz einer nicht verantwortlichen Masse“ „Omnipotenz einer nicht verantwortlichen Presse“ heißen...

Wir können die Fortsetzung unserer Betrachtungen an diese Nichtigstellungen anknüpfen, da es uns ohnehin zweckmäßig erscheint, die Sätze, auf die sie sich beziehen, etwas näher zu erläutern.

In ihrem Bestreben, recht radikal zu sein, sind die Müller, Wille u. glücklich da wieder angelangt, wo die Sozialdemokratie von der radikalen Bourgeoisie ursprünglich sich verabschiedete: bei den bürgerlichen Illusionen.

Die „Freiheit der Presse“ — welches Verbrechen, dieses Palladium aller unerschütterlichen Freiheiten antastet zu wollen! Da sieht man die Bevormundungsstendenz, die der Sozialdemokratie innewohnt, präkelte die „Nation“, das Organ der Banberger, Darch und sonstigen Freihändler.

Die größere Logik ist dabei unbedingt auf Seiten der Erstgenannten.

Nur den bürgerlichen Liberalismus ist der Begriff der „Freiheit der Presse“ mit dem Wegfall aller politischen u. Einschränkungen erschöpft. Um die ökonomische Seite der Frage kümmert er sich nicht. Aber nichtsdestoweniger erfüllt sie, wie gar mancher schon zu seinem Verdruß erfahren.

Die „freie Presse“ ist auch schon recht, wer Geld hat, der kauft sich Literaten...

heißt es in einem früher viel gesungenen sozialistischen Liede, das den älteren Genossen wohl noch bekannt ist. Wer das nötige Geld nicht aufbringen oder anwenden kann, für den ist das Recht der freien Presse ein recht bitterer Dohn, seine Ideen und seine Interessen bleiben unvertreten, ebenso wie Tausende und Abertausende heute beim Recht der Erwerbsfreiheit trotz aller Lust zum Arbeiten verhungern können.

Hält man das dem Liberalen entgegen, so antwortet er: Schon gut, aber die Gesetze des freien Wettbewerbs bringen das Alles in Ordnung.

Wie dieses „in Ordnung bringen“ jedoch vor sich geht, weiß man. Durch maßlose Verschleuderung von Kraft und Material, über Helatonben von Opfern aller Art hinweg, läßt die bürgerliche Gesellschaft die Dinge sich „von selbst regeln“, überzeugt, daß das Endergebnis das beste aller möglichen Resultate sein wird.

Daß dies aber wie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, so auch auf dem der Presse. Die Presse aus einem kapitalistischen Institut in ein soziales umzuwandeln, in einen „öffentlichen Dienst“, wird eine der Aufgaben des Sozialismus sein. Einrichtungen der Allgemeinheit erfordern jedoch zugleich eine öffentliche Kontrolle, damit sie nicht in ihr Gegenteil umschlagen und Privatinteressen (Einzelner oder Gruppen) dienen, statt dem Allgemeininteresse. Gegen den Mißbrauch der Kontrolle schützt das gleiche Interesse aller an den Vorteilen des Instituts, bei der Presse also an der freien Ausübung des gedruckten Wortes.

Weit entfernt, mit einer Demokratie „unvereinbar“ zu sein, ist daher eine solche Kontrolle der Presse in einer wirklichen Demokratie eine unerlässliche Bedingung ihrer guten Funktion. Sie bedeutet keinen Gemissenszwang, beeinträchtigt in keiner Weise die unabhängige Kritik, wie die „Nation“ unterstellt, sondern sichert im Gegenteil die Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung auf dem Wege des gedruckten Wortes. Ungeheuerlich ist der Gedanke dieser Kontrolle nur, soweit der heutige Klassenstaat in Frage kommt. Gegenüber diesem haben wir natürlich die bürgerliche Pressefreiheit zu verteidigen. Aber nichts hindert uns, in unsern inneren Angelegenheiten dem sozialen Charakter der Presse Rechnung zu tragen.

Ein konkretes Beispiel mag das veranschaulichen. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ war bei ihrer Gründung bestimmt, Organ der Genossen von Dresden und Umgegend zu sein. Als solches wurde sie von diesen aufgenommen und durch Agitation unterstützt, und als solches galt sie auch auswärts. Als sie daher ihren Feldzug gegen die jetzige Parteivertretung und die sitzenden Grundsätze der Parteitalistik

eröffnete und Nummer für Nummer, nicht bloß in Zeitartikeln, sondern auch in sehr bißigen Notizen angreifend vorging, mußten die Herrschenden annehmen, sie handle im Einverständnis mit mindestens einem großen Teil der Dresdener Genossen. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß das nicht nur nicht der Fall war, sondern daß die übergroße Mehrheit der Dresdener Genossen das Vorgehen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ entschieden mißbilligte. Niemand, ausgenommen vielleicht Freund Sted in Bern, wird den Dresdener Genossen nun zumuthen, sich noch fürderhin von einem Organ vertreten zu lassen, das eine Kampfweise pflog, die sie durchaus für schädlich erachten.

In dem vorliegenden Falle wäre dieselbe allerdings schnell beendet gewesen, nehmen wir aber an, Anhänger und Gegner ständen sich in ziemlich gleicher Stärke gegenüber. Wie viel Kraft würde in diesem Kampfe zwecklos verschleudert werden, wieviel gegenseitige Erbitterung geschaffen, wie schwer das gemeinsame Interesse gefährdet! Und da die Sozial-Presse nicht nur auf die eigentlichen Genossen, sondern auch auf die mehr oder weniger mit der Partei sympathisierende, aber ziemlich unklare Arbeiterschaft für ihren Bestand angewiesen ist, so würde der Ausgang dieses Kampfes keineswegs von der Güte der verfochtenen Sache, sondern von ganz außerhalb der Streitfrage liegenden Umständen abhängen.

Die Länge des Geldbeutels, von der die technische Ausstattung des Blattes u. abhängt, würde dabei u. A. eine große Rolle spielen. Ist dem nicht die sozialistische Lösung vorzuziehen, die da sagt, das Organ soll der Gesamtheit gehören, in ihrem Interesse verwaltet werden? Ja, wird man uns einwenden, aber wenn die betreffenden Genossen unter sich gespalten sind, da stehen wir doch wieder am selben Fleck.

Das ist jedoch durchaus nicht der Fall. Erstens fällt ein Motiv ganz aus: das materielle Sonderinteresse. Zweitens aber würde, wenn eine Einigung am Ort nicht zu erzielen wäre, eben die Kontrolle der Gesamtpartei, d. h. des damit beauftragten Vertretungskörpers, eingutreten haben. Gewiß wird dieser niemals unfehlbar sein, aber er vertritt doch gegenüber den lokalen oder Gruppen-Interessen, bzw. Gegensätzen, die allgemeinen Interessen, geht durch die Natur der Sache von weiteren Gesichtspunkten aus, und bietet so die Gewähr einer möglichst unparteiischen, von der Rücksicht auf das Gesamtwohl diktierten Entscheidung.

Schließlich gibt es jedoch über ihn hinaus noch den Appell an den Parteikongress, an die Gesamtheit. Und gestützt auf die Erfahrungen der Partei vor dem Ausnahmegericht behaupten wir, daß eine Kontrolle der Parteipresse in diesem Sinne eine zehnmal bessere Gewähr einer freien Diskussion bietet, als die „Pressefreiheit“ nach dem Muster der bürgerlichen Pressenarchie. Gewöhne man sich nur ab, die Dinge abstrakt zu nehmen, ohne dabei die tatsächlichen Verhältnisse in Berücksichtigung zu ziehen. Aber das kennzeichnet gerade die „neuen“ Parteireformer, daß sie eine wunderbare Fortkühle für abstrakte Theorien und eine souveräne Verachtung für die konkreten Thatfachen haben.

So leitartikelte z. B. neulich die „Magdeburger Volksstimme“ über die direkte Volksgesetzgebung. Daß der Verfasser sich dabei geberdete, als habe er Amerika entdeckt, wollen wir ihm nicht weiter anrechnen. Weil die Sache dem „kundigen Sozialforscher“, wie er sich bescheiden nennt, neu war, mußte sie ja auch allen übrigen Menschen neu sein. Aber nicht genug, der staunenden Welt keine Entdeckung mitzutheilen, verlangte er auch, daß die deutschen Arbeiter sofort die direkte Volksgesetzgebung zu ihrem Feldgeschrei erheben. Daß für eine leidliche Funktion der Volksgesetzgebungsmaschine im heutigen Deutschland so ziemlich alle Voraussetzungen fehlen, — die staatlichen Einrichtungen, die politischen Freiheiten, das starke politische Leben, das in der Schweiz im kleinsten Dorfe pulsiert, während bei uns ganze ganze Landstriche noch politisch todt sind — das kümmerte den Artikelschreiber weiter nicht. Was in der Schweiz sich so schön bewährt hat, muß überall und unter allen Umständen passen.

Und dabei sind diese wohlthätigen Schöpfungen der direkten Volksgesetzgebung selbst in der Schweiz noch sehr an den Fingern abzuzählen, von der Fabrikgesetzgebung abgesehen, die aber auch nur mit Hilfe der konservativen Bauernschaft, die den Liberalen einen Streich spielen wollte, zur Annahme kam. Der Artikelschreiber weiß neben der Fabrikgesetzgebung nur noch ein Beispiel anzugeben, wo die Volksabstimmung ihren Nutzen erwiesen habe: bei der Verstaatlichung des Getreidehandels. Diese habe nämlich das Volk im Kanton Zürich „beinahe (!) durchgesetzt“. Und was hätte es damit erreicht? fragt er, und sagt hinzu: „Billiges Brod! Eine derartige Realpolitik treibt das Volk!“

Eine „Realpolitik“, die die Erreichung billigen Brodes mit zirka 30,000 gegen 22,000 Stimmen ablehnt — so ver-

hielt sich nämlich das „beinahe durchsetzen“ — dürfte Manchem etwas zweifelhaft erscheinen; jedenfalls zeigt sie, daß man nicht bloß „Voll“ zu sein und „vom Saub gedrückt“ zu werden braucht, um der „kompetenteste Beurtheiler der sozialen Gesetzgebung“ zu sein, und der Verfasser kategorisch erklärt, sondern daß auch ein bißchen soziale Erkenntnis dazu gehört. Im heutigen Deutschland mit einer in ihrer Mehrheit so zurückgebliebenen Landbevölkerung, seinem bürokratischen Verwaltungsapparat u. haben wir wirklich vorläufig noch Dringenderes zu thun, als in's Blaue hinein auf den Parlamentarismus zu schimpfen und dem napoleonischen Plebiszit — denn darauf würde bei uns die „Volksgesetzgebung“ hinauslaufen — das Wort zu reden. Wenn es in der Schweiz möglich war, mittels der Volksgesetzgebungsmaschine 1879 die Todesstrafe wieder einzuführen, was hätten wir da erst in Deutschland zu gewärtigen?

Wohlgemerkt, wir sind durchaus Anhänger der direkten Volksgesetzgebung. Aber wir wissen auch, daß sie nur dort ohne Schaden für die Sache der Freiheit und des Fortschritts eingeführt werden kann, wo sie ein in der Ausübung seiner politischen Rechte geschultes Volk, sowie eine ganze Reihe demokratischer Einrichtungen vorfindet, die in Deutschland fast sämtlich noch fehlen. Um zu ihr zu gelangen, müssen wir vorerst für diese kämpfen, und dazu gehört die Regierung des Volks durch seine gewählte Vertretung, d. h. das Parlament.

Die Mängel des Parlamentarismus liegen heut so offen zu Tage, daß wirklich sehr wenig dazu gehört, über dieselben klug zu schwätzen. Sie bilden das Modegeschrei aller Reaktionäre, blasirten Bourgeois und verkommenen Genies. Wir Sozialisten haben keinen Grund, in das, meist sehr interessante Geschrei dieser Herren einzustimmen. Wir dürfen aber die Kritik des Parlamentarismus nicht die Thatfache vergessen, daß derselbe eine nothwendige Phase im Entwicklungsleben der Völker bildet, und daß in Deutschland heute der Kampf für die Rechte des Parlaments mit dem Kampf für die Volksrechte zusammenfällt. Erst auf einer späteren Stufe wird es heißen können: hier Parlamentarismus, da Volksgesetzgebung, vorläufig zeigt in Deutschland der Wegweiser noch auf den Parlamentarismus als Vorstation zur Volksgesetzgebung. Den Parlamentarismus heute bekämpfen, ist nicht revolutionär, sondern reaktionär.

Indes, es klingt so hübsch radikal. Man kommt sich so erhaben vor, wenn man sich über alle die unbehaglichen Thatfachen, die uns vorläufig noch auf die Ausübung des Parlamentarismus verweisen, mit einem eleganten Satz — in der Theorie — hinwegsetzt. Das nennt man dann „theoretische Ueberwindung“. Schade nur, daß solche theoretische Leistung nicht mehr praktischen Werth hat als ein geträumter Luftsprung.

Man wird uns vielleicht entgegenhalten, es heiße die Kämpfer ermunthigen, wenn man sie immer wieder auf die Entwicklung verweist, daß Ziel selbst aber in so weiter Ferne liegt. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Denn wenn die Völker auch die Phasen ihrer Entwicklung nicht überspringen können, so können sie sie doch, wie Marx sagt, abkürzen. Und gerade darum ist es nothwendig, daß wir die Gesetze, nach denen sich die Entwicklung vollzieht, ihre Wege, kennen und darnach handeln lernen. Nur so können wir uns vor Abwegen, vor Verzettlung unserer Kräfte, nur so gelangen wir dahin, mit voller Macht Hinderniß nach Hinderniß zu nehmen, bis unser Ziel erreicht ist. Nur die Erkenntniß führt zum Sieg, der Weg zu Niederlagen ist mit Illusionen gepflastert.

Die sozialistische Presse und das Inseratenwesen.

In der bereits in voriger Nummer von uns erwähnten Veranlassung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 6. Berliner Wahlkreise, lagte der Sattler B. Bömer u. A. den Genossen Bebel an, derlei habe an eine Antrage von ihm (Bömer), weshalb dem Wlrag, daß das Berliner Volksblatt, Prospekte von Aktiengesellschaften aufnehme, nicht gestattet werde, geantwortet: dagegen lasse sich nichts machen, denn derartige Inserate bringen Geld.

In einer vom 14. August datirten Erklärung antwortete Bebel darauf: „Ich erkläre diese Darstellung für un w a h r. Ich habe vielmehr gesagt, daß jeder berechtigten Beschwerde Rechnung getragen werden soll, und so ist damals sofort an die Expedition des „Berliner Volksblatt“ die Weisung ergangen, solche Prospekte nicht mehr anzunehmen. Im Allgemeinen ist in Bezug auf die Anzeigen des „Berliner Volksblatt“ mit einem Rigorismus vorgegangen worden, wie kaum bei einem zweiten Arbeiterblatt; ohne diesen Rigorismus in der Auswahl der Anzeigen würden die Ueberflüsse des Blattes wenigstens 10—15,000 Mark höher sein.“

Damit wäre die Auflage des Bömer abgethan. Denn selbst wenn sich jemand fände, der Bebel nicht glaubte, so ließe sich an der Hand der Thatfachen leicht die Probe auf seine Angaben machen. Außerdem haben sich auch verschiedene andere Behauptungen des Bömer als so freivolle Lügen erwiesen, daß an der totalen Un glaubwürdigkeit dieses Menschen gar kein Zweifel bestehen kann.

Aber die Sache selbst scheint uns damit nicht erledigt. Wir müssen wenigstens gestehen, daß wir noch gar nicht überzeugt sind, warum es für ein Arbeiterblatt, sobald es überhaupt Geschäftsanzeigen aufnimmt, verboten sein soll, Prospekte von Aktiengesellschaften aufzunehmen. Wir leben in dieser Hinsicht eine arge Kleinbürgerzeit und, was von der Kleinbürgerzeit meist untrennbar, Inkonsistenz.

*) Wobei wir natürlich die Epoche der Schweizer'schen Diktatur im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ ausnehmen.

Wenn Jemand sagt, die politische Presse soll überhaupt keine geschäftlichen Interests aufnehmen, so ist das ein Standpunkt, über den sich streiten läßt. Deshalb hat sich bekanntlich darüber ausgesprochen und von einer Trennung des Interests von der politischen Presse eine Lösung des Räuberbandes versprochen. Und scheint das Mittel hier in jeder Hinsicht von zweifelhaftem Wert. Wenigstens fällt ein Vergleich der politischen Presse Frankreichs, die unter der Leitung der napoleonischen Presselegierung fast keine Geschäftsbanner hat, mit derjenigen Englands, die zum großen Teil von Anzeigen lebt, entschieden zu Ungunsten der letzteren aus. Auch ist in Frankreich keineswegs die politische Presse weniger das Monopol der Kapitalistenklasse als in England. In Paris z. B. muß Einer Hunderttausende von Franken auf's Spiel setzen können, um ein tägliches Blatt nur mit einiger Aussicht auf Erfolg einzuführen. Und Wochenblätter werden in Paris nicht gelesen. Die Reflektoren sind dem Interests in den redaktionellen Theil gewandert, und da die Konkurrenz den Preis der Blätter so herabgedrückt hat, daß sie aus dem Erlöse des Zeitungsverkaufes allein nicht bestehen können, so zwingt dieselbe Konkurrenz eine Zeitung es der andern nachzumachen. Es ist z. B. ganz allgemeine Sitte, den Wochenbericht an ein Finanzjournalium zu verkaufen, und das ist denn doch noch etwas ganz Anderes, als die Anzeige einer Aktiengesellschaft im Interests in den Wochenbericht zu veröffentlichen. Der Wochenbericht soll dem Publikum eine unparteiische Schilderung der Bewegungen und Entscheidungen des Marktes geben, vom Interests der Bewegung wird keine Unparteilichkeit erwartet, man weiß, daß dort jeder Kaufmann seine Waare preist.

In der bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft bedeutet die Trennung des Interests von der politischen Presse eher eine Verächtlichmachung als eine Verbesserung derselben. Eine Ausnahme machen nur solche Blätter, die der Konkurrenz mit der gleichartigen Presse entzogen sind. So z. B. konnte der „Sozialdemokrat“ jedes Interests abwiesen, weil er mit keinem bürgerlichen Organ zu konkurrieren hatte. Er wollte nicht Erfolg, sondern Ergänzung der Tagespresse sein.

Andererseits diejenigen sozialistischen Organe, die die bürgerliche Presse erkennen, zu verdrängen wollen. Ihnen die Aufnahme von Geschäftsanzeigen generell verbieten, geht nicht an. Es ließe, sie konkurrenzunfähig machen, sie auf diejenigen Verhältnisse beschränken, die schon für den Sozialismus gewonnen sind und so gute Genossen sind, daß sie sich nicht daran machen, ihr Blatt erheblich theurer zu bezahlen, als das übrige Publikum, während die große Masse nach wie vor auf die bürgerliche Presse angewiesen bleibt, die bei größerem Abfluss auch technisch mehr zu bieten im Stande ist.

Der Gedanke, so den Wirkungskreis der sozialistischen Presse selbst zu verengern, ist daher auch allgemein fallen gelassen. Dagegen hat man sich gefaßt: Interests und Interests ist zweierlei. Interests, die ganz ausschließlich geschäftlichen Zwecken dienen, haben aus der Arbeiterpresse fortzubleiben. Das ist ein Kompromiß, aber kein schlimmerer, als wir deren hunderte im täglichen Leben eingehen, in der Erkenntnis, daß schon heute nach sozialistischen Grundsätzen zu leben geradezu unmöglich ist, außerdem aber auch ganz zwecklos wäre.

Ist nun die Begründung einer Aktiengesellschaft eine geschäftliche Handlung? An sich keineswegs. Genaß, daß die beiden Grundrücken oft Schwindel getrieben wird, aber wo findet heute kein Schwindel statt, welcher geschäftlich ist, oder betrügerische Manipulationen geschäftlich? Keiner. Jede Anzeige prüft man, hinter der in dgl. gewisse Schwindel und Ueberehrlichkeit steckt, hieße alle Anzeigen zurückweisen. Wenn Dr. Schütz angeht, daß er sich als „Spezialarzt für geschlechtliche Krankheiten“ niedergelassen hat, der „alle, auch die hartnäckigsten Fälle“, heilt, so weiß man, daß der Mann ein Schwindler ist, der die Unwissenheit, falsche Scham u. a. ausnützen will, zeigt aber der Mäler an, daß er sich als praktischer Arzt u. niedergelassen hat, so ist an der Anzeige an sich nichts Verwerfliches. Und doch kann Dr. Mäler in keiner Art ein ebensolcher Schwindler sein, wie sein Pseudonyme Schütz. Oder, um ein anderes Beispiel zu wählen. Es liegt uns fern, auf den Beruf der Schankwirthe insgesammt einen Streich zu werfen. Aber Niemand wird auch widersprechen, wenn wir behaupten, daß es unter den Schankwirthen eine große Anzahl ganz gewisser Patrioten gibt, deren Lokale wahre Gassen sind, wo die Besucher systematisch an Leib und Seele ruinirt werden. Solch einem Bureau kommt es natürlich auch gar nicht darauf an, ob es ein „Geschäft“ erfordert. Sozialdemokrat zu nennen. Und Niemand kann es der Anzeige: „Grunstein: Grunstein mein Lokal“ ansehen, ob dahinter so ein Schmitt oder ein rechter Mensch steckt, der sein Gewerbe ehrlich und unabhängig betreibt, bei dem sich der Arbeiter wirklich nur erholt. Man braucht kein Grundwissen des Alkoholgenusses zu sein, um den Schaden, der in den bezeichneten Gassen den Volksgenossen zugefügt wird, als ganz ungeheurer zu bezeichnen. Aber trotzdem werden sich nur sehr wenige finden, die deshalb alle Wirtschaftsinhaber aus der Arbeiterpresse verbannen wollen. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß das eine übertriebene Bevormundung wäre. Die rechte Wirtschaft auszusuchen und die schlechten zu meiden, müsse den Einzelnen überlassen bleiben.

Nun, nicht anders steht es mit den Aktiengesellschaften. Die Form der Aktiengesellschaft ist eine an sich durchaus nicht verwerflichere Form des Geschäftsbetriebes als irgend eine andere Form desselben. Sie ist ein natürliches Produkt der modernen Produktionsentwicklung, und gerade wir Sozialisten, als Parteil der gesellschaftlichen Fortschritt, erkennen das bei jeder Gelegenheit an. Warum soll es also verwerflich sein, den Vorposten einer Aktiengesellschaft im Ansehensgebiet aufzunehmen? Weil schon Leute bei Aktiengesellschaften Geld eingestrichelt haben? So räsonnirt natürlich der Speicheldrüse. Weil in dgl. u. w. e. e. Schwindel dahinter steckt? Dann fort mit allen Geschäftsanzeigen. Weil es sich dabei um große Kapitalien handelt? Nun, das dünkte doch höchstens zur Folge haben, daß der Prospekt gerade in einem Arbeiterblatt sehr nützlich ist.

Nurzu, es ist nach unserer Ansicht absolut kein Grund ersichtlich,

warum ein Arbeiterblatt den Prospekt einer Aktiengesellschaft anders behandeln soll, wie jede andere Geschäfts-Anzeige. Will man solche überhaupt aus der Arbeiterpresse verbannen — gut. Es wäre ein besserer Standpunkt, aber wenigstens konsequent. Auch die Verbannung gewisser Schwindelkategorien unter den Anzeigen läßt sich rechtfertigen. Aber die Grundfrage, nach denen dabel verfahren wird, müssen unserer sozialistischen Einsicht entsprechen und nicht den Vorurtheilen des Speicheldrüse. Dieser heißt die Aktiengesellschaft gewöhnlich: „Erstens, weil er die Großproduktion hat, und zweitens, weil er sich beim Spekulieren die Finger verbrannt hat. Sein Maß ist nichts als vorräthige Liebe. Der Sozialismus theilt ihn ebensowenig wie er die sonstigen Gefühle des Kleinbürgerlichen Philisters theilt.“

Aus Frankreich.*)

4 Paris, den 11. August 1890.

Das Kapitel vom Massenmord der Arbeiter durch die kapitalistische Raubgier ist um eine weitere graunige und erschütternde Seite vermehrt worden. In dem der Aktiengesellschaft von Villebois gehörigen Kohlenbaugebiet bei St. Etienne fanden am 29. Juli und am Morgen und Abend des 4. August drei Explosionen statt, welche zusammen 161 Opfer Leben oder Gesundheit kosteten. Die Zahl der als Verunglückte aus der Grube gerettet oder bis jetzt ihren Wunden erlegenen Kohlenarbeiter betrug 117. Die erste Explosion verwundete mit einem Schlag von den circa 160 Arbeitern der Nachtzeit mehr als 140 in Todte oder lebensfähige Krüppel. Bis heute zählt man 125 Waisen, in einer der betroffenen Familien sind acht Kinder des Vaters verstorben. Die Leiden der Verwundeten sind geradezu entsetzlich, ihr Körper bildet meist eine einzige große Wunde, die Glieder sind verengt, zertrümmert oder hinfällig verdrückt und zusammengekniffen, ein nicht zu stellender, innerer Brand, die Folge der eingestürzten Gase, quält die Verunglückten.

Die unter der Bevölkerung von St. Etienne herrschende Aufregung und Entrüstung ist, wie das angeführte Genie und Hergeleid unbeschreiblich, läßt sich aber begreifen, wenn man bedenkt, daß seit 1871 durch Grubenexplosionen in St. Etienne 723 Arbeiter das Leben eingebüßt haben; nämlich: 1871 im Schacht Jahin 72, einige Monate später im nämlichen Schachte 200, darnach 1887 in der Grube Chateau 99, am 3. Juli 1887 im Schacht Verpillou 200 und diesmal im Schacht Pellissier 161!

Das Begräbniß der Opfer sollte zwar durch die Anwesenheit des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Jules Girard, eines Vertreters des Präsidenten der Republik und sämtlicher städtischen und Departements-Behörden einen offiziellen Ansehens erhalten, ward aber durch die Massenbeihaltung der St. Etienne Bevölkerung und der Kohlenarbeiter der benachbarten Werke zu einer Volksdemonstration. Die Beibehaltung eines Kohlenarbeiters, welcher Mitglied einer sozialistischen Organisation gewesen, gab der Polizei Veranlassung zu einer recht brutalen Szene. Der Versuch, die in Leichenhülle getragenen Leichen zu entziehen, führte zu einem Handgemisch, bei dem zwar die Polizisten überliefen, schließlich aber doch Sieger blieben. Den Schluß der Kämpfe hat natürlich die gerichtliche Verdonnerung mehrerer Sozialisten gebildet.

Die angestellte offizielle Untersuchung über die Ursachen der Grubenexplosionen will bereits die sattsam bekannte „offene Flamme“ eines Kohlenarbeiters gefunden haben, die mit der nicht weniger bekannten „frisch angelegten Kerze“ zusammen der traditionellen Schandvolk ist, auf dem die große Aktiengesellschaft ihre Verantwortung, richtiger ihr Verbrechen der Grubenunfälle abladen. Die aufgelegte St. Etienne Bevölkerung will jedoch von der offiziellen Lokomotive, die alle Schuld auf die Unvorsichtigkeit eines mitverunglückten armen Zeisold schiebt, Nichts wissen. Sie sagt offen und energisch die seine Grenzen kennende Profitgier der Aktiengesellschaft als Ursache des Grubenunfalls an. Und die Thatsachen geben ihr offenbar Recht. Mehrere Augenzeugen haben angegeben, daß die in der Grube seit Jahren funktionierenden Ventilatoren „nur gewisse Vortheile für sich hätten, allein im Bereich der Lüftung der Gruben gar nichts zu nützen übrig ließen.“ Außerdem ist bekannt, daß die sogenannte „fette Kohle“, welche in den St. Etienne Gruben zu Tage gefördert wird, viel Staub und Gase absondert, welche ungemein viel zur Erzeugung giftiger Explosionsgase und deren Entzündung beitragen.

In der Kammer, wo unlängst der Explosion drei Interpellationen stattfanden, verurtheilte der Minister der öffentlichen Arbeiten ebenfalls an der Aktiengesellschaft eine Höflichkeit vorzunehmen, ward aber mit dem Hinweis auf die Thatsache abgeknüpft, daß in der Grube nach der ersten großen Explosion und nach e. d. diese selbe genügend gereinigt und als sicher befunden worden, die Arbeiter wieder einfahren mußten. Es wurde festgestellt, daß es einfach eine von der Kohlenwerkleitung erkundete und offiziell geprüfte Vorgehensweise, als verändert ward, bei der zweiten und dritten Explosion seien nur Leute verunglückt, welche beim Räumen und Stützen der Gassen beschäftigt waren.

Nun großen Entsetzen der Kapitalistenpresse und unter lebhafter Missbilligung seitens der journalistischen Solennitätäre derselben hat die Kammer eine aus elf Mitgliedern bestehende Kommission beauftragt, über die Ursachen der Explosionen an Ort und Stelle eine Untersuchung vorzunehmen. Der Kommission gehören unter anderen Deputierten die Mitglieder der sozialistischen Gruppe, Ferron und Baudin, sowie der Sozialist Dumay an. Die kapitalistische

*) Wegen Stoffmangel verspätet. Red. des „S. D.“

Christenbergs. Nicht allein in zivilisierten Ländern haben die Frommen gegen einen ungeheuren Wohlstand zu kämpfen, sogar in den fernsten Ländern, wo die Missionäre bestimmt auf's Neue, für die christliche Lehre empfindliche Naturvölker zu treffen hoffen, auch da tritt ihnen ein unermüdlicher Materialismus entgegen. Den Glauben an die Unverletzlichkeit der Seele widerlegen die Eingeborenen mit den großmüthigen Worten:

„Wenn man todt ist, hat Alles ein Ende, auch die Arbeit und der Hunger.“

Anderen Gründen sind diese faulen Wilden nicht zugänglich. Wird ihnen erzählt von der unendlichen Liebe und Güte Gottes, so unterbrechen sie den Missionär in heftigster Negirter Ueberrumpfung:

„Guter Gott ist höchst böshaft, kann ist eine feurige Kugel (Sonne) da draußen in's Meer gefallen, sticht er dort hinten eine andere wieder, die auf's Neue unsere Seelen verbrennt.“ Sie sind aber auch wirklich ein nichtsnütziges Volk, diese schwarzen Lammköpfe am Ende. Anstatt die Missionäre zu ermahnen, wie es sich von Rechts wegen gebührt, lassen sich diese Kerle von den Glaubensboten unterhalten, und nur so lange bleiben sie dem Glauben treu, so lange sie zu essen bekommen. Wollen und können ihnen die Missionäre nichts mehr geben, dann können sie auch zugleich nur eifrig empfinden und sich an dem Staube machen.

Seyd beklagt sich bitter über die angewendeten Opfer an Zeit und Geld und Menschenleben, bei einem kaum nennenswerten Erfolge. Er sucht die Mäke der Missionarischen Gesellschaften auf andere Länder zu lenken, wo ihr Weizen besser blühe.

In einem Buch: „Ein Papst, ein Priester, ein Ordensmann“ zieht die bekannte Gräfin Palm-Galen gegen die „beweihräucherten“ Priester, die evangelischen Postoren, in's Feld. Bathisch ruft sie in der Vorrede aus:

„Nehmt den Papst, den Priester und den Ordensmann von der Erde hinweg, was bleibt übrig, als eine Horde wilder Beisten, die im fanatischen Revolutionensturm sich gegenseitig selbst zerfleischt!“

Ueber diesen Herzenserguß wollen wir mit der alten — Dame nicht rechten, sie muß ja wissen, was für eine Bestie sie war, bevor sie sich in die Arme der Pfaffen warf.

Geradezu ein Verbrechen an der Menschheit ist es aber, wenn ein katholischer Schriftsteller in seinem Buch: „Drei Frauen“, die heilige Elisabeth, die Jungfrau von Orleans und Maria Stuart, Elisabeth als Vorbild der christlichen Frauen und Jungfrauen aufstellt.

In dem Glauben, Gott recht wohlgefällig zu leben, entsagte sich Elisabeth ihrer fürstlichen Stellung, entlagte allen Annehmlichkeiten des

Lebens, wohnte in einer schmutzigen Hütte und schloß auf schlechtem Brod, so die schneidlichsten Krankheiten abblühten an ihrem Körper grohend. Und nachdem sie nicht tiefer in den Schmutz und der Selbstkasteiung mehr steigen konnte, half ihr Weizenbrot lebend noch. Nicht etwa, daß er ihr wohlthat, sondern, um den Weizen ihrer Leib und ihrer demüthigen Seigelt voll zu gießen, und um sich zugleich eine Stufe höher in den Himmel zu bauen. Nach dieser würdigen Verdächtig Elisabeth's Kinder, an denen sie mit ganzem Herzen hing, ihr von der Seite reinen. Ein heiteres Gesicht erröthete ihnen beim Leben ihrer Heiligenlaufbahn. — Wie die Pfaffen über die die Menschen angeblich erniedrigenden Darwinianer jehem, wie ihre Gottähnlichkeit sich sträubt gegen die Annahme, den Affen ein Gleichgestellt gewesen zu sein. Den Affen, das ist erniedrigend, aber den Schmutz, das ist erhebend. Sie haben wahrlich keine Ursache, so von oben herab auf die Affen zu sehen. In ihrer schmutzigen poetischen Literatur, in den Kirchenbüchern, haben sie es, was das in den Staub werfen, was die Dumbenmuth, Hundekrone und Hühnergebild andelant, zu einer mehrfachen Vollkommenheit gebracht.

Zur Illustration dieses Sohes nur zwei Verse aus ihrem Gesangsbuch:

Wenn bei harten Mägenissen,
Saat und Frucht verbunden wissen,
So hat's Deine (Gottes) Hand gethan,
Unsere Sünd' ist Schuld daran.

Wenn in heißen Sommertagen,
Schloßen Alles niederschlagen,
Was in Feld und Garten grünt,
So geschicht, was wir verdient.

Im Grunde ist die katholische Literatur für ein denkfähiges und denkwolles Publikum berechnet und diesen Ansprüchen genügt es. Die Mehrzahl der Schriften — die jeden Kindererzählungen abgerechnet — sind Streitchriften, und am meisten häßlich sie mit dem modernen Zeitgeist, sowohl in der Vertheidigung als auch in ihrer Offensive. Die Angriffe auf kirchenfeindliche Schriftsteller hindern sie indessen nicht, die also Verleumdungen sehr oft zu schießen, wo es in ihrem Reiz liegt, und mehr zu zürnen, als der Zufall ihrer Leser zuträglich sein kann.

Es ward der Kommission durchaus nicht leicht gemacht, die Wahrheit zu konstatieren. Während der unerbittlichen Wanderungen der Kommissionsmitglieder verurtheilte die Direktoren der Kohlenwerke, den schauerhaften, verbrecherischen Zustand der Minen zu vertuschen. Nur Dank der gründlichen Erhebungen der Kommission und der von den Arbeitern erhaltenen Auskünfte und Erklärungen konnte ein richtiger Einblick in die Verhältnisse gewonnen werden. Im Laufe der Enquete kam es mehrmals zu sehr heftigen Austritten zwischen Grubendirektoren und Arbeitern, bis endlich die Kommission beschloß, sich durch eine Delegation von Kohlenarbeitern begleiten zu lassen. Die Explosionen von St. Etienne haben in der Presse und in gelehrten Körperlichkeiten zahlreiche Erörterungen über die Ursachen der schlagenden Wetter verursacht. Leute, welche sich mit Leib und Seele dem kapitalistischen Profitstreben verschrieben haben, erklären dieselben als „ein Geheimnis der Natur“, und schämen die unmittelbaren Veranlassungen von Explosionen „der Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit der Arbeiter“ in die Saube. Allein die weichen kompetenten Persönlichkeiten müssen zugeben, daß sogar eventuelle Fahrlässigkeit seitens der Arbeiter keine Grubenexplosion verursachen könne, sobald die Gassen gut gelüftet seien. So erklärt z. B. Massard, Professor der Hüttenkunde, die gute Lüftung der Kohlenbaugebiete als bestes Mittel, schlagenden Wetter vorzubeugen, und die Einführung elektrischer Lampen ebenfalls als eine nicht zu unterschätzende Verbesserung. Auch der frühere Deputierte Badois, welcher 18 Jahre als Kohlenarbeiter gearbeitet hat und in Bergwerksangelegenheiten eine große Kompetenz besitzt, äußerte sich in dem nämlichen Sinne. Nach ihm ist die Unfähigkeit des achtstündigen Normalarbeitertages in den Kohlenwerken eine unerläßliche Bedingung, um eine ausreichende Lüftung der Gruben zu erhalten. Aber Aufklärung der Arbeitszeit, Einführung guter Ventilations- und Belüftungsinstrumente bedeuten eine Herabsetzung der Profite, der Dividenden, und lieber die gesammten Kohlenarbeiter zu Grunde gehen lassen, ehe ein Felschen am allerheiligsten Mehrwerth geäußert werde.

Die Kammer hat für die Opfer der Katastrophe einstimmig einen Staatscredit von 200,000 Franken, die Gemeinderäte verschiedener Städte ebenfalls größere Summen für dieselben bewilligt, auch die Privatwohlgütigkeit that Manches, das herabgeschworene Angeld zu mildern. Aber Alles zusammen wird sich dem grünenhaften Geld gegenüber doch als unzureichend erweisen. Die Aktiengesellschaften, welche, um größere Dividenden einzuheben zu können, das Leben von Hunderten auf's Spiel setzen, sind noch unersättlicher, sich mittels der öffentlichen Wohlthätigkeit eines Theils ihrer Haftpflicht entziehen zu wollen. So hat z. B. die Gesellschaft, welche die Grube Verpillou bebaut, einen Prozeß angestrengt, um von den ihr geschuldeten Geldbeträgen an die Opfer der vorjährigen Katastrophe die Summen abzuziehen, welche für diese zur Zeit durch die öffentliche Wohlthätigkeit zusammengebracht wurden. Ja, hat die Gesellschaft mit ihrem beispiellos frechen Annehmen abgemessen worden, allein sie hat bereits Rekurs gegen das Urtheil eingelegt. Die letzte und logische Konsequenz dieser unverdämbten Raubgier wäre, daß fernerhin die „armen Aktionäre“ 300 Franken Dividende gleichfalls bei Grubenunfällen als Opfer der Katastrophe mit Beihilfen bedacht würden. Was die Kohlenarbeiter brauchen, ist nicht Wohlthätigkeit, sondern Gerechtigkeit. Und der Anfang hierzu wurde gemacht, wenn sich der Senat endlich entschließen würde, dem seit 1883 zwischen ihm und der Kammer hin- und hergeschickten Gesetz über die Mineninspektion durch Arbeiterdelegirte auszustimmen. Dem von der Kammer angenommenen Gesetzesentwurf würden eine gewisse Anzahl aus den Reihen der Kohlenarbeiter hervorgegangene, nämlich besoldete Arbeiter als „Minendelegirte“ die Kohlenwerke inspizieren. Der Senat will jedoch weder von der anscheinlichen Funktion dieser Delegirten als Beamteten, noch von finanzieller Bezahlung etwas wissen. Die Delegirten sollen nach wie vor in Lohn und Brod der Kohlenwerkbesitzer bleiben und nur einige Tage pro Monat für die Grubeninspektion verwenden, da zu bezeichnen sei, daß sie andersfalls unter den Arbeitern agitiren, dieselben zu Streiks u. a. aufreizen würden. Thatsächlich würde die Fassung des Senats die Mineninspektion zu einem Wehse ohne Risiko und ohne Zeit machen. Die Delegirten wären heraus in die Hand der Aktiengesellschaften gegeben und würden aus Furcht vor der bei gewissenhafter Inspektion drohenden Entlassung, im alten Schanden an kontrolliren. Leider ist jedoch kaum zu hoffen, daß die längste Explosionen dem Senat eine Lehre sein werden.

Unabhängig der Katastrophe hatten die Sozialisten am 10. August ein großes Protestationsmeeting eubertreten, das von circa 1000 Männern und Frauen besucht war. Die unter Dumay's Vorsitz tagende Versammlung forderte eine allgemeine Auerne aller wegen Streiks oder mit ihnen zusammenhängender Vergehen Verantwortlichen, ferner protestirte sie gegen die Sorglosigkeit und Unachtsamkeit der Bergwerksoberhaupten, welche, um ihre Dividenden nicht zu schmälern, lieber das Leben der Arbeiter opfern. Die Versammlung erklärte sich anherdem für Aufhebung des Monopols über die Bergwerke und für ihre Verstaatlichung in gemeinwirtschaftliche Betriebe, welche der Gesamtheit gehören.

Feuilleton.

Aus dem Tagebuch eines politischen Buchhändlers.

Kirche und Literatur. (Fortsetzung.)

Von den Dichtern der Neuzeit hat Eubemann Adolph Cabant ganz überganga; dagegen hat er einen Alban Stolz eingeschmuggelt, ein Buch, der einem Bierbesteller eher denn einer Literatur zur Herbe gereichten dürfte. Alban Stolz gilt als ein christlicher Dichter, aber Seme's verbe originale Sprache wird bei Stolz tod und lämmelhaft, und diese Sprache wird von einer ebensolchen Gefahrung eingegeben. Das Nostichem unserer Gefangnisse und Justizhöfe ist dort und führt oft zu Wahnwitz, schreibt unter solche Alban, „aber es ist der Gesamtsinn doch noch vorzuziehen, denn es führt eher und leichter zur Besserung. Es ist besser, daß zehn Hölle wahrhaftig werden, als daß in gemeinsamer Dase eine Seele verloren geht.“ Nur gut christlich soll das wohl heißen: Es ist besser, daß zehn Verurtheilte in den Himmel kommen, als ein Vernünftiger in die Hölle.

Man sollte es kaum glauben, aber es gibt wirklich heute noch Christen, die ihrem Herzensdrange folgend, nach dem heiligen Lande pilgern. Freilich — mit Anweisungen auf mehrere tausend Mark in der Tasche. Ueber eine solche Pilgerfahrt lagebücht der Münchener Professor Seyd. Er jag aus, um Material gegen die Juden zu sammeln, und allen alten, Jahrhunderte hindurch angehauchten Abkaltich würd er in seinem „Jerusalem“ wieder an.

Bei einer Meerfahrt wurde Seyd schiffbrüchig, und um ein Haar wäre die Welt um Seyd und sein Tagebuch gekommen, hätte ihn nicht eine mittellose Welle am Mitternacht an das Land geworfen. Seine Gedanken weilten in der größten Todesgefahr bei seinen Eltern in den bayerischen Bergen, und — ihre und stammte, gläubige Christenheit; genau zu derselben Zeit, am Mitternacht, hat es im Vaterhause Seyd's einenurchbaren Schlag, die Eltern sprangen entsetzt aus dem Bette und gedachten ängstlich ihres Sohnes in der Ferne.

So laßt nur, ihr Ungläubigen, der Herr gibt den Seinen Zeichen und Wunder. Wölligste Körperleinen mehren, daß zur Zeit des Schiffbruchs um Mitternacht, infolge des Jammerschiedes zwischen Wien und Bayern, die Eltern des Schiffbrüchigen noch gar nicht in Bette lagen, doch das that nichts; dafür ist ja Seyd Professor der Geschichte. Auch Missionärsberichte aus Afrika u. a. sind in „Jerusalem“ abgedruckt, und darin stehen Stellen, nicht sehr erbaulich für ein heiges

(Fortsetzung folgt.)

— Aus Deutschland wird uns geschrieben: —

Die deutsche Polizei ist doch unvergleichlich. Sie befragt nie besser die Gefühle der Sozialdemokratie, als wenn sie dieselbe todschlagend will. Es ist der Herr Putzhammer-Bismarck, der noch immer in ihr lebt, und stets das Böse will, und erstglücklich das Gute schafft. Nachdem sich durch zwölfjährige Tropenarbeit in den goldlichen Polsterhüllen der Exzellenz eingeböhrt hat, daß die Sozialdemokratie nicht mit mechanischer Gewalt vernichtet werden kann, verfallt sie auf den genialen Gedanken, die Sozialdemokratie zu spalten, und sie hat auch das unerdliche Glück, eine Situation vorzufinden, die sich ihr dafür ziemlich günstig erweist. Der unbestimmte Katastrophenangst einer Leute kommt ihr dabei zu Hilfe. Es wird ein Höllestand in Szene gespielt, und der Polzeiweizen scheint zu blühen. In Dresden, in Magdeburg, in Berlin wird kräftig „gepalten“. Wirtenphanatisch verordnet die Polizei- und Bourgeoispreffe jedes Gefäß in fürchterlichem Donnerpolter; es rollt und grollt in den Eingeweiden der deutschen Sozialdemokratie — kein Zweifel, sie wird mit gewaltigen Kräfteeffekt plagen und in alle Winde auseinander fliegen. Das Publikum lacht. In Dresden wird's auf einmal still; dort ist die Sache misglückt. In Magdeburg wird's auf einmal still — auch da ist die Sache misglückt. Aber es bleibt Berlin, das Zentrum der deutschen Sozialdemokratie und — der deutschen Reaktion. In Berlin gähnt und brodet die „Masse“ Verwirrung folgt der anderen, und jede Gelegenheit — wenigstens so, daß der reaktionäre Press-„Mikrophon“ sie dem aufgeregten lauschenden Augenpublikum als lusttreibendes, den sozialdemokratischen Populären mit Stumpf und Stiel anstrotzendes Elementar-Gewitter darstellt kann. Alles ist im besten Gange — der Tag des Weltgerichts naht, an welchem die gebauchten Wortführer der Sozialdemokratie von der eigenen „Opposition“ in die Grube befördert werden, aus der es keine Auferstehung gibt. Diese aber sind so „hoffig“, nicht lang- und kluglos in den Orkus hinabzufallen. Sie wollen den Spieß umdrehen und melden eine Verfassung an, in welcher mit ihren Angreifern Abrechnung gehalten werden soll. Eine Schlacht steht bevor, vielleicht eine Vorkriegslage. Eine Schlacht! Aber, der Gott der Schlachten hat seine Namen. Entschlich, wenn er in seiner Unerschrockenheit sich für die Böcke und gegen die „Opposition“ entschiede. Er laut corrigere la fortuna — man muß das Glück verbessern, es in die richtigen Fährten lenken, sagt sich die irdische Vorsehung, genannt Polizei. Sie verbietet die Schlacht — auf Grund des Sozialisten-Gebotes. Die „Opposition“ ist gerettet — der Staat ist gerettet — die Gesellschaft ist gerettet. Allgemeine Rettung.

Schere der Seite, das Verbot der Versammlung, in der am 20. d. S.inger und Liebknecht, die zwei sozialdemokratischen Abgeordneten Berlin, zu den Berliner Arbeitern sprechen wollten, wor der pflichtige Streich, den die deutsche Polizei jemals mit ihrem deutschen Polizeiverstand ausgeführt hat. Nicht, daß wir irgend einer der Oppositions-Personen irgend einen Mangel anzuhängen beabsichtigen, aber einen wirksameren Geneserreich hat die „Kraft“ die stets das Böse will und stets das Gute schafft“ niemals verblüht. Die Rebel haben sich plögglich zerstreut — es ist sonnig-heile Klarheit geworden: Die Gegenüberstellung lautet nicht mehr: dort die „Opposition“, hier die alten Führer, sondern dort die Sozialdemokratie, scharf abgegrenzt unter dem bestleuchtenden Programm-Banner, und hier — die Polizei, die putzhammer-Bismarck'sche Polizei. Ein Haben und ein Draben, wie es klaffischer, eins vom anderen sich schärfer abhebend, nicht gebacht werden kann.

Da gibt's keinen Zweifel mehr — kein Bestimmen mehr, keinen Streit mehr. Es ist entschieden. Fertig und abgethan. Nein, noch nicht. Die Polizei denkt: doppelt gemäht hält besser. Damit bei dem Publikum in nicht der Verdacht aufkommen könne, sie habe aus anderen Motiven als aus reiner Liebe zu der ihr so willkommenen „Opposition“ gehandelt — etwa die Verfassung, in der S.inger und Liebknecht lauschen sollten, dies deshalb verboten, weil beide vorläufig noch aus Berlin ausgewiesen sind und bis zum 1. Oktober dies als Mitglieder des Reichstages, sondern bloß vertagten Reichstages in Berlin sein dürfen — um jeden Zweifel nach dieser Richtung hin aus dem Weg zu räumen, hat die Polizei auch die Versammlung verboten, in welcher der nicht ausgewiesene Genosse Glöckle über das nämliche Thema sprechen sollte. Dagegen dürfen die „Jungen“ der „Opposition“ sofort Versammlungen abhalten, als ihnen beliebt.

Nun — die Polizei ist klug und weise, und wir hatten ihr unfernen aufrichtigsten Dank ab. —
Hebrigens klären und glätten die aufgeregten Bogen sich bereits — jedenfalls ist der Hauptstapel vorüber; und nachdem der „Spaltungs-Värm“ aufgehört hat, die Ohren zu betäuben, und der „Spaltung“ Stand die Augen zu blenden, kann man sich den „Kriegshandlung“ wie die Gegner es mit begrifflichem Hohn genannt haben: in aller Ruhe ansehen. Und welches Schauspiel bietet sich unserm Auge? Erblicken wir zwei feindliche Lager? Oder richtiger zwei feindliche Heere, die in wildem Hase einander gegenüberstehen, bereit zu brüder-überlichem Kampf. Jeder nach dem Willen des Anderen dröhnend? Nichts weniger als das. Die friedlichste Lydie ringen, soweit bei einer Kampfpartei von einer Lydie gesprochen werden kann. Das Gros der Partei im friedlichsten, brüderlichsten Verkehr, in der harmonischsten Uebereinstimmung. Nur abseits stehen ein paar winzige Gruppen, — so wenig, daß sie neben der unerschrockenen Masse fast verschwinden, geschultert, scheltend, in jeder Weise Unzufriedenheit behandelnd. Darüber sie unzufrieden sind, das ist von ihnen noch nicht enthalten worden. Sie find „jung“ — das ist kein Unflut und auch kein Verbrechen; im Gegenteil, jeder „Alte“ wird sie darnach beneiden. Allein es ist auch kein Grund, auf die „Alten“ zu schimpfen, denn das Alter mag vielleicht ein Unflut sein, ist aber jedenfalls kein Verbrechen, sondern eine Thatsache, an der die „Alten“ ebenso unschuldig sind, wie die „Jungen“ an ihrer Jugend.

Also, warum sind die „Jungen“ so giftig, und verführen sie einen solchen Radau? Weil die „Alten“ in der Partei einen besseren Namen haben und mehr gelten als die „Jungen“. Indes, das ist wiederum nicht die Schuld der „Alten“, sondern einfach die natürliche Folge der Thatsache, daß die „Alten“ etwas in der Partei und für die Partei gethan haben. Und das ist doch wahrhaftig kein Verbrechen — ebensov wenig, wie es den „Jungen“ vernünftigerweise als Verbrechen angesehen werden darf, daß sie noch wenig oder nichts in der Partei und für die Partei gethan haben. Das ist Pech, nur Pech — und ungerecht wäre es, die „Jungen“ für dieses ihr Pech verantwortlich machen zu wollen, an dem sie gewiß keine Schuld haben, und das gewiß sie selber am schwerbäresten empfinden.

Nun, wenn das Pech auch Pech ist, so ist es doch kein Verbrechen, und die „Jungen“, welche dieses Pech haben, sollten sich mit ihrer Jugend, die ein Glück ist, dafür trösten. Rimmermehr oder haben sie das Recht, diejenigen, welche von diesem Pech nicht heimgegriffen sind, deshalb zu hassen und zu verdammen. Viel lössiger und namentlich auch viel sozialdemokratischer wäre es, die „Jungen“ ledigen sich auf die Hosen, studieren die Gelege und das Beken des Staats- und Gesellschaftsorganismus, und bestreben sich dann, nachdem sie das Ab gelernt und wo möglich noch ein klein Bischen mehr: ihr Wissen in Thaten umzusetzen, und an dem laufenden Wechsel der Zeit mitzuweiden, damit endlich einmal das arme Afschenbrodel Arbeit, statt der elenden Lumpen, mit denen es jetzt seine Blöße nothdürftig bedeckt, das purpurrote Königsgewand sich umlegen kann, welches der Königin der Welt gehört. Der Königin der Welt — der sozialen Königin.

Und — auch die „Jungen“ müssen arbeiten. Die Weisheit und

das Wissen kommt nicht vom Himmel geflogen. Einer der „Jungen“ hat zwar die sehr bequeme Entdeckung gemacht, daß das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus oder der „Marx'schen Lehre“ etwas höchst Leberküstiges sei, und dabei (in der „Volks-Tribüne“) den genialen Gedanken ausgesprochen, die Wissenschaftlichkeit müsse durch „Leidenchaft“ ersetzt werden. Nun, die „Leidenchaft“ ist gewiß eine schöne Sache und Niemand hat sie besser zu schätzen gewußt als Karl Marx, aber die schönste „Leidenchaft“ mit einem hoblen Kopf ist hohles Pathos und bestenfalls ein ziemlich werthloses Wöbel, ja oft ein recht gefährliches. Also Wissen in den Schadel! Und dann die richtige, echte, wahre Leidenchaft — da läßt sich etwas austrieten. Auch das Wissen ist Arbeit, kann nur durch Arbeit erworben werden. Die Arbeit schafft eben alle Werte. Und das Ansehen, in welchem die verhaßten „Alten“ stehen, und welches die „Jungen“ „Autorität“, „Persönlichkeit“ u. s. w. zu nennen beliebten, ist es nicht gleichfalls „das Produkt der Arbeit“? Haben diese „Alten“ nicht seit 20, 30, 40 Jahren ihre Kraft, ihre Arbeit der Sache des arbeitenden Volkes, der Sozialdemokratie gewidmet? Wir reden sicherlich nicht dem Veronesenkultus das Wort und wissen gerade so gut wie die „Jungen“ der „Jungen“, daß der tüchtige Mensch und Sozialdemokrat nie mehr thun kann als seine Pflicht, — haben es auch schon vor Jahrzehnten gesagt — aber ist es denn ein so verkehrter Standpunkt, wenn die deutschen Arbeiter vor Männern, welche eine große Summe von Arbeitsleistungen für die Partei aufzuweisen haben, eine höhere Achtung haben, als vor solchen, die nur wenig oder keine Arbeitsleistungen im Dienste der Partei aufzuweisen können. Das ist au fond nur Achtung vor der Arbeit. Die so zum Ausdruck kommt. Und das ist gewiß kein verwerfliches Gefühl. Niemand und Nichts verhindert die „Jungen“, sich dasselbe Maas von Achtung zu erwerben — sie sollen nur ebensoviel im Dienste der Partei arbeiten. Mit der bloßen „Leidenchaft“ und dem bloßen „guten Willen“ geht's freilich nicht — das sind winzige Faktoren, mit denen man kein Butterbrod schmieren, geschweige denn den sozialistischen Staat gründen kann.

Das Gros der Genossen hat das gerächtsvolle Treiben der „Jungen“ von Anfang an mit philosophischem Gleichmuth betrachtet. Sie haben sich die Leute an und werthen sofort, doch keine Gefahr drohte. Die Partei hat auch in dieser Sache wieder einmal ihre treffliche Disziplin gezeigt, und außerdem ein scharfes Urtheilsvermögen. Sie fand auf den ersten Blick heraus, daß es viel Värm am Nichts war — daß hinter dem ganzen Phrosolenschaum auch nicht das kleinste Bruchstück eines Gedankens verborgen war. Bis auf den heutigen Tag hat die Opposition noch keine einzige Forderung formulirt. Ihr ganzes Programm ist in dem bekannten Lang- und Weh-Verd von dem „Verdrückten“ antipiert:

Ich bin verdrücklich
Und well ich verdrücklich bin,
Du bist verdrücklich!

— — — Aber, da reden wir ein Langes und Breites von „Jungen“ und „Alten“, und erst neulich sagten wir doch, ein solcher Gegensatz bestünde nicht — das sei eine Erfindung der Gegner.

Je nun, das sagen wir auch heute noch. Wenn es ein paar sonderbare Schwärmer gibt, die sich für eine „Partei der Jungen“ halten, so ist das doch kein Beweis dafür, daß es eine solche Partei gibt. Erst wenn irgend ein „Junger“ es einmal zu sagen weis, was er eigentlich will, werden wir für die „Partei der Jungen“ etwas anderes haben, als ein stilles Wödel.

Die Partei ist jetzt überoll mit der Prüfung des Organisationsentwurfs beschäftigt. Im Allgemeinen sind — von einzelnen Kritizern abgesehen — wesentliche Ausstellungen nicht gemacht worden, so daß die Annahme des Entwurfs in fast allen vorläufigen Bestimmungen gesichert erscheint. Der einzige wichtigere Punkt, in dem vielleicht eine Aenderung beschlossen wird, dürfte die Zusammenfassung der Kontrollkommission sein. Indes auch in Bezug auf diesen Punkt überzengt man sich mehr und mehr, daß für den Vorschlag der Fraktion praktische Erwägungen sprechen, die nicht leicht bei Seite zu schieben sind.

Positiv sinnlos, und von vollständigem Unkenntnis unserer Partei zeugend, ist die ungeheuerliche Behauptung, daß die Fraktion aus Diktaturgelassen sich die Kontrolle zu sichern wünsche. Als ob der sozialdemokratische Abgeordnete, der solchen Unsinn spräche, nicht erst warte für's Irrthum! Die Fraktion die Partei vermagt! Das ist nicht einmal bei den Fortschrittler und Zentrumselementen möglich gewesen, und bei uns sollte es möglich sein? Der Vorwurf ist so überaus lächerlich, daß man gar nicht annehmen kann, er sei aus Bosheit gemacht.

Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, daß hinter der Walle von Lächerlichkeit andere existirende Feinde ihre Müht- und Korruptionsarbeit lebhaft betreiben. Die „Opposition“ aus den eigenen Reihen ist höchst harmloser Natur, hinter ihr sind aber erstere Kräfte thätig — pour la roi de Prusse.

— Die Rebatteure der „Magdeburger Volkstimme“, Hans Müller und Paul Kampfmeyer, haben „einen Beweis von Korruption, wie er sündbarer nicht gedacht werden kann“, enthalten. Derselbe besteht darin, daß Genosse Auer vor Jahresfrist einen „verdienten Parteigenossen“ im „Berliner Volksblatt“ der Reichstagsdeputirung denunziirt haben und die Redaktion dieses Blattes sich geweigert haben, ihn zu drucken. Derselbe „verdienten Genossen“ meinte, scheinbar Unrecht wieder gut zu machen, d. h. eine Gegeneinstellung der Herrn Hans Müller und Paul Kampfmeyer abzurufen, bezw. zu berücksichtigen.

Die Verdächtigkeit, um die es sich da handelt, ist der Gymnasiallehrer Ernst Krüger. Die angebliche „Denunziation“ bestand in folgendem Satz einer gegen die „Norddeutsche Allgemeine“ gerichteten Korrespondenz:

Unter den Bekanntheitspunkten gegen die Schwediz kommt das Blatt (die „Nordd.“) namentlich auch auf die Förderung der sozialdemokratischen Propaganda unter der Jugend zu sprechen und soll demnach mit dieser Förderung von der Partei beauftragte Personen beauftragt sein. Als eine dieser Personen wird nun Herr von Pöschow in Hannover gebürtiger Gymnasiallehrer Ernst Krüger genannt, über dessen Gespögnheiten die „Nordd.“ ein wenig schmeichelet und wie wir nicht bestreiten wollen, ziemlich nach der Natur gezeichnetes Bild enthält. Aber diese Gespögnheiten Krüger's, ein provokatorisches Auftreten gegenüber Personen, die nicht seiner Gesinnung sind, und die ebensov abgemessene wie zwecklose beleidigenden Aeußerungen über deutsche Würdenträger an öffentlichen Orten haben den Jülicher reichsdeutschen Sozialdemokraten und speziell den früher dort gewesenen Leitern des „Sozialdemokrat“ schon vor Jahren den Anlaß gegeben, mit S. den Verkehr abzubrechen oder doch auf das Aeußerste einzuschänken. Diese Thatsache verdrängt die „Nordd.“ Sollte sie ihre Informantoren nicht genügend instruir haben?

Man sieht, es handelte sich damals für Auer darum, den denunziatorischen Bericht der „Norddeutschen“, den Lehrer Ernst (bez. Emil) Krüger der Partei an die Redaktion zu hängen, ihn als einen Beauftragten der Partei hinzustellen, ganz energisch zurückzuweisen. Die Form, in der er es that, ist allerdings nicht sehr schmeichelet für Krüger, aber aus der obigen Charakterisirung von dessen Auftreten würde selbst der geschickteste Staatsanwalt keine Anklage zurechtstellen können. Es sind weder Aeußerungen Krüger's angegeben, noch Personen genannt, gegen welche dieselben sich richten — kurz, es fehlt an jeder Handhabe zu einer strafrechtlichen Verfolgung. Bim Ueberflus sichern die Worte „von Jahren“ Krüger auch den Schutz der Verjährung. Wie wenig Krüger selbst an eine Anklage und gar an eine Anklage wegen „Majestätsbeleidigung“ glaubt, geht aus der Thatsache hervor — die seinen Freunden Hans Müller und Paul Kampfmeyer sicher bekannt ist — daß er sich für fähig um eine Rebatteure an irgend einem deutschen Parteiblatt beworben hat, d. h. bereit war, nach Deutschland überzuweiden und eine hervorragende politische Rolle zu spielen. Das thut man doch nicht, wenn man so schwere Verfolgungen zu gewärtigen hat.

Mit dem Vorwurf der Denunziation ist es also nicht. Und wollte man in den Bemerkungen Auer's über Krüger einen formellen Vorwurf erblicken (die weiter unten folgende Erklärung Auer's gibt ja hierüber die beste Auskunft), so scheint uns das Trio Müller-Kampfmeyer-Krüger nicht gerade berufen, über lakische Angriffe, Beleidigungen u. Verhörungen zu führen.

Was speziell Herrn Emil Krüger anbetrifft, so können wir nur bestätigen, daß die Urschuldigen derselben, die schlechten Manieren des Korrespondenten ins Parteiblatt hineinzutragen, seine Unschuld, seine Keimung, politische Aredensende in Birtshändlern Anterempeln, mit dazu beigetragen haben, daß die deutsche sozialistische Mitglieder in Jülich und ebenso die Redaktion des „Sozialdemokrat“ nicht mit ihm zu thun haben mochten. Wir sagen, mit dasselbegetragen, denn es waren auch andere Thatsachen mangelnd. Als das geschah, bevor die Herren Kampfmeyer und Müller nach Jülich kamen, es ist also, gelände gesagt, sehr naiv, wenn sie glauben, jetzt Herrn Krüger als das unflutlich verfolgte Opferlamm hinstellen zu können. Wir haben über die Sachen geschwiegen, weil wir abgelegte Gegner des Sozialismus sind, und die Befassung mit persönlichen Angelegenheiten möglichst vermeiden. Sollten wir aber provoziert werden, sollte Herr Krüger es verüben, eine Rolle in der Partei zu usurpiren, zu der er in keiner Weise berechtigt ist, so fallen natürlich diese Rücksichten hinweg und es wird sich zeigen, daß, wenn ein Mensch nicht das Recht hat, über anonyme Angriffe und Denunziationen zu klagen, es Herr Emil Krüger ist.

— Genosse Auer veröffentlicht zur vorstehenden Angelegenheit im „Berliner Volksblatt“ folgende die Herren Müller-Kampfmeyer höfentlich beruhigende Erklärung:

„Also ich bin der Mittelpunk der „sündbaren Korruption“ in der Partei, deren Ausnützung sich die Hans Müller, Kampfmeyer und wie diese jungen Herkulisse lust beissen, als ihre erste große That zur Aufgabe gestellt haben.“

Wessen habe ich mich nun nach der Anklage schuldig gemacht? 1) Habe ich das Gebahren und Treiben des Herrn Krüger anders beurtheilt, als dies von seinen jugendlichen Freunden geschieht. 2) Soll ich gelegentlich eines Besuchs des Krüger bei mir demselben gegenüber mich nicht zur Autorität des betr. Artikels bekannt haben (daß ich darnach gefragt worden sei, wird übrigens auch von meinen Auflagern nicht behauptet), ja sogar Enttäuschung über denselben zur Schau getragen haben.

Nu 1) habe ich zu bemerken, daß ich wohl begreife, daß es für die Müller und Komorten sehr schmeichlich ist, die von ihnen gebete Werthschätzung ihres Freundes nur auf ihre Kreise beschränkt zu sehen, während das Gros der Partei, vor Allen auch die Jülicher Genossen, die Jahre lang Gelegenheit hatten, die in Frage kommende Persönlichkeit aus nächster Nähe zu beobachten, denken und urtheilen wie ich.

Was aber die Behauptung der Herren Müller und Kampfmeyer betrifft, daß ich Herrn Krüger denunziirt habe, so sei nur bemerkt, daß ich den Artikel zur Abwehr gegen Anklagen der „Nordd. Allg. Ztg.“ geschrieben habe, die damals — wo es noch keinen Einlieferer von Reichsdruck gab — noch kein's Gewicht stien und mit dem ganzen Parteipublikum der Herr Jülich-Putzhammer verjagt waren.

Wenn ich dabei den Versuch der Polizei-Dissidenten, die Partei für die Privathandlungen Krüger verantwortlich zu machen, ja dieselben sogar als die ihm von Parteileuten übertragene Aufgabe hinzustellen — entschieden zurückweis und die Thatsache feststellte, daß von Seite anderer Genossen in Jülich seit langem der Verkehr mit Krüger getrennt werde, so handelte ich dabei eminent im Dienste der Partei und unserer Sache.

Verlangen Genossen, welche in so kritischen Zeiten, wie die während der Herrschaft des Sozialistengeleges waren, im Ausland leben, daß die Partei sie wohl und ganz decke und sogar für Handlungen und ihr öffentliches Auftreten die Verantwortung übernehme, dann müssen sie sich eben auch darnach betragen.

Daß Herr Krüger aber in dieser Beziehung viel zu wünschen übrig lieh, das beweist unabweislich die Thatsache, daß unsere Genossen in Jülich sich genöthigt haben, jeden Verkehr mit ihm zu meiden. Im Uebrigen sei nur bemerkt, daß zu der Zeit, wo ich den angeforderten Artikel niederzählte, Herr Krüger bereits fünf Jahren im Ausland lebte und die Möglichkeit, daß derselbe nach Deutschland zurückkehren werde, mir mindestens ebensov fern zu liegen schien, als ein Gedanke daran, daß die Tage des Sozialistengeleges bereits gezählt seien und damit für die jugendlichen Genossen des Fröhlichen die Aufgabe beginne, nach Deutschland zurückzukehren, um hier in der sozialdemokratischen Partei den Augustkall der Korruption zu reinigen.

Zur Zeit, als ich meinen Artikel schrieb, befand sich die Partei in einer der schwierigsten Phasen und rüstete sich die Gegner zu einem letzten verzweifeltten Schlag gegen uns. Im Parteien zu helfen und das vollzogenste Lagenewebe, mit dem man die öffentliche Meinung irre zu führen veruchte, zu zerreißen, das war der Zweck des Artikels. Wie weit mir das gelang, bleibe dahingestellt. Thatsache aber ist, daß unsere gesammte Presse und viele Kreise der agerischen Presse von den Ausführungen des „Berliner Volksblatt“ Kutz nahmen.

In solchen Situationen die Sache der Partei führen und ihr dienen, ist ja allerdings schwieriger (und ein dabei etwa in der Aufregung unterlaufener Fehler wäre gewiß auch eher zu entschuldigen) — als wie jetzt, wo — vorläufig wenigstens — das Schlimmste hinter uns überhanden ist, seine Sorge darin zu setzen, in durch Sachkenntnis nicht getrübt jugendlichem Uebereifer, recht dumm davor zu reden und zu schreiben.

Was nun Punkt 2 der Vorhalle betrifft, so ist es richtig, daß, als Herr Krüger vor einigen Wochen mich in seiner Wohnung antrief, und er bei dieser Gelegenheit auch auf den Artikel zu sprechen kam, ich es nicht für nothwendig hielt, so zu sagen, daß ich der Verfasser bin. Eine direkte Frage danach erfolgte überhaupt nicht. Der von A. angeprochene Vermuthung gegenüber, daß wohl Liebknecht der Verfasser sei, erwiderte ich, daß dem schon Stin und Sagan widersprochen. Von der von Müller und Kampfmeyer scheinbar unternommenen Verdrückung erfahre ich erst bei dieser Gelegenheit.

Hätte Herr Krüger irgendwie ein Interesse daran haben können, den Verfasser kennen zu lernen, so hätte ich keinen Augenblick Anstand genommen, mich zu nennen. So aber ging Herrn A.'s Wunsch nur dahin, zu erfahren, ob von Partei wegen ihm etwa Schwierigkeiten gemacht werden, wenn er in Deutschland wieder Donitz nehmen sollte, und darauf glaubte ich ihm die Versicherung geben zu können, daß, wenn er nicht vorgehe, sich von uns gewis Niemand um ihn kümmern werde.

Was nun meine bei dieser Gelegenheit angeblich zur Schau getragene „Entrüstung“ betrifft, so wissen die Genossen, welche mich näher kennen, daß es mit diesem Artikel bei mir überhaupt keine guten Wege hat. In dem besonderen Falle hätte ich mich aber sogar über mich selber entrüsten sollen — das kommt überhaupt nicht vor!

Deisenhofen bei München, 24. August 1890.

3. Auer.

— **Sonderbare Dellie.** In einer Einleitung im „Berliner Volksblatt“ vom 23. August führt Dr. Bruno Wille die „jülichen Parteicommissar unteres Parteilebens“ an, die ihm und seine speziellen Freunde bewogen haben, schon vor dem Kongreß ihre Stimme zu erheben. Der erste dieser Punkte ist: „Die Haltung der Sozialdemokratie im Reichstage, welche zuweisen geeignet war, die Hoffnung zu erwecken, als könne bereits auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft die Lage der arbeitenden Massen nennenswerth verbessert werden.“ Kehlich äußerte sich derselbe Dr. Wille in der Volksversammlung am 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Dort sagte er, laut Bericht des „Berliner Volksblatt“: „Es solle (im Reichstage) auch nicht darauf verzichtet werden, Anträge zu stellen. Die Fraktion habe dabei aber stets zu erklären, daß sie die Anträge nicht in der Hoffnung an Annahme stellt, sondern um die bürgerlichen Parteien zu blamiren, um zu zeigen, daß sie Heuchler oder ungenügend sind, etwas für das Wohl der arbeitenden Klasse zu thun. Im andern Falle vergeden mag die Kraft.“ Und weiter: „Wenn die Fraktion so thut, als ob sie Gelege durchdrücken sollte, dann könne leicht ein Mann, etwa von dem Standpunkt der „Volks-Zeitung“, mit dem Einwurf kommen: „Die Fraktion hat damit zugeredet, daß auf dem Boden der heiligen Produktionsweise etwas für das Proletariat zu erreichen sei. Damit sei man aber als eine politisch-ideale Partei angesehen.“

Sahn. Das ist ein Standpunkt, den wir nicht theilen, aber es ist immerhin ein Standpunkt. Schreiber dieses würde sich zwar, wenn er je in die Lage käme, Parlamentsabgeordneter der Partei zu werden — was zum Glück für seine Nerven ausgeschlossen ist — kandidiren für die Rolle bedanken, die Dr. Wille den parlamentarischen Vertretern der Sozialdemokratie zumüthet. Aber das ist Sache des persönlichen Geschmacks. Halten wir fest, daß nach Herrn Dr. Bruno Wille die sozialdemokratische Prinzipienfrage gebietet, den Gedanken, daß in der heutigen

